

Unsere gemeinsame Zukunft können wir nur zusammen erkämpfen!

2019 hat mit schweren Angriffen auf die Arbeiter begonnen. Von Vertretern der Autoindustrie wurde bekannt gegeben, dass in kommender Zeit über 100.000 Arbeiter ihre Arbeit verlieren werden. Hinzu kommen mindestens genau so viele bei Zulieferern und der „Nebenindustrie“. Stellen, die bisher als sicher galten, sind in Gefahr. Die Rechnung einer nahenden Wirtschaftskrise wird wieder einmal auf die Beschäftigten gewälzt. Konzern- und Kapitalvertreter nutzen die internationale Situation, um mehr Flexibilisierung, längere Arbeitszeiten, höhere Arbeitsintensität, Verzicht auf Gehälter und Rechte zu fordern und durchzusetzen. Viele Klein- und Mittelbetriebe haben den Tarifvertrag verlassen und erhöhen die Wochenarbeitszeit wieder auf bis zu 42 Stunden. Löhne werden gesenkt, Rechte abgebaut.

Sich dieser Ungerechtigkeit entgegenzustellen und sich gegenüber dem Kapital zur Einheit zusammenschließen, gewinnt in diesem Jahr weiter an Bedeutung. Während technischer Fortschritt und die Produktivität der Arbeitskräfte wächst, besteht der wahre Kampf um Arbeitsplätze in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und dem Verbot von Leih- und Zeitarbeit.

Deswegen tragen wir ein weiteres Mal unsere Forderungen zum 1. Mai, dem weltweiten Tag der Einheit, der Solidarität und des Kampfes der Arbeiterklasse, auf die Straßen. Ein weiteres Mal machen wir unseren Standpunkt klar und positionieren uns gegen Rassismus, Armut, Ausbeutung, Perspektivlosigkeit und Krieg und bringen unsere Sehnsucht nach einer Welt ohne Unterdrückung und ohne Ausbeutung zum Ausdruck.

FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN: MINDESTLOHN ERHÖHEN

In Deutschland liegt der Mindestlohn bei 9,19 € die Stunde. Tausende Arbeiter, die für diesen Lohn arbeiten, leben an oder unter der Armutsgrenze, müssen mit Transferleistungen aufstocken oder gehen einer zweiten Beschäftigung nach. Sie werden auch in ihrem Ruhestand gezwungen sein, weiter zu arbeiten oder alternativ in Armut zu leben. Dass Konzerne Milliarden umsetzen, während ihre Beschäftigten in Armut trotz Arbeit leben, ist nicht hinnehmbar. Diejenigen, die Deutschlands Reichtum erarbeiten, sollen vom Arbeitsplatz direkt in den Grab. Unsere Forderung lautet deswegen: Der Haushalt darf nicht in Aufrüstung und Kapitalsubventio-



nen, sondern in lebenswerte Arbeits- und Rentenbedingungen investiert werden. Um einem Leben in Armut entgegenzuwirken, muss ein Mindestlohn von 12,64 € durchgesetzt werden. Konzerne können und dürfen sich nicht aus der Verantwortung ziehen und müssen die kompletten Kosten für ihre Angestellten übernehmen.

GESCHLOSSEN GEGEN RASSISMUS

An diesem 1. Mai rufen wir dazu auf, dem erstarkenden Rassismus und den Einzug rassistischer Parteien in die Parlamente Einhalt zu gebieten. Die Gefahr, dass die erstarkten rassistischen nationalen Parteien auch im Europaparlament an Macht gewinnen, um dann auch mit europäischer Arm die Grundrechte der Beschäftigten anzugreifen und ihre im Kern neoliberale und kapitalorientierte Politik durchzusetzen, ist groß. Die Rassisten können nur auf dem Nährboden so stark gedeihen, den die EU und die nationalen Regierungen gelegt haben. Der Kampf gegen Rassismus kann nur als Teil des Kampfes um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erfolgreich sein.

- **Mindestens 30 Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Tarifbindung für alle!**
- **Verbot von Leiharbeit und unsicheren Arbeitsverhältnissen!**
- **Mindestlohn 12,64 Euro!**
- **Das Kapital soll die Kosten für Fort- und Weiterbildung und Umschulungen zahlen!**
- **Arbeit, Bildung, bezahlbare Unterkunft und gleiche Rechte für alle!**



DIDF Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V.

Berliner Str. 77, 51063 Köln Tel: 0221 – 9255493 didf@didf.de, www.didf.de (V. i. S. d. P.: Sefariye Eksi)